

Bericht über globale Beschäftigung und gesellschaftliche Entwicklung Zusammenfassung Trends 2016

Internationale Arbeitsorganisation

Forschungsabteilung

Zusammenfassung

Die Weltwirtschaft zeigte 2015 neue Anzeichen von Schwäche...

Im Jahr 2015 ist die Weltwirtschaft um etwa 3,1 Prozent gewachsen, über einen halben Prozentpunkt weniger als ein Jahr zuvor prognostiziert. Bei einer Beibehaltung der derzeitigen Politik ist eine fortgesetzte Abschwächung der Konjunktur zu erwarten, was Unternehmen und Beschäftigte vor erhebliche Herausforderungen stellen wird. So dürfte die Weltwirtschaft in den nächsten beiden Jahren um nur etwa 3 Prozent und damit deutlich langsamer als vor dem Ausbruch der weltweiten Krise wachsen.

Die anhaltende konjunkturelle Abkühlung ist die Folge einer Schwäche in den Schwellen- und Entwicklungsländern. China ist mit einem ausgeprägten Abschwung konfrontiert, der im Zusammenspiel mit Angebots- und anderen Faktoren einen starken Rückgang der Rohstoffpreise ausgelöst hat, insbesondere im Energiesektor. Dies wiederum hatte Auswirkungen auf die großen Rohstoffexporteure unter den Schwellenländern wie Brasilien und die Russische Föderation, die in eine Phase der Rezession eingetreten sind. Die Vorteile, die den Netto-Rohstoffimporteuren dadurch entstanden, reichten nicht aus, um die Folgen des Preisverfalls für Exporteure auszugleichen. Ein weiteres Anzeichen für die Konjunkturschwäche ist darin zu sehen, dass der Welthandel, der in der Regel doppelt so schnell wie die Weltwirtschaft expandierte, nun in demselben Tempo wie die globale Konjunktur oder langsamer als wächst.

... wodurch die Arbeitslosigkeit auf über 197 Millionen anstieg...

Aufgrund der konjunkturellen Eintrübung hat die globale Arbeitslosigkeit weiter zugenommen. 2015 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 197,1 Millionen an und lag damit um nahezu eine Million über dem Vorjahreswert und um mehr als 27 Millionen über dem Vorkrisenniveau. Verantwortlich für diesen Zuwachs bei den Stellensuchenden ist vor allem die Lage in den Schwellen- und Entwicklungsländern. In einigen dieser Länder, namentlich in Lateinamerika und mehreren asiatischen Ländern (vor allem China) sowie in einer Reihe von erdölexportierenden arabischen Ländern, dürften sich die Beschäftigungsaussichten in den vergangenen Monaten verschlechtert haben.

In den meisten Industrieländern war das Jahr von einem über den Erwartungen liegenden Stellenwachstum geprägt, insbesondere in den Vereinigten Staaten und in einigen mittel- und nordeuropäischen Ländern. Südeuropa verzeichnet trotz einiger Verbesserungen der letzten Zeit weiterhin hohe Arbeitslosenquoten. Zudem ist die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern, die am anfälligsten für die Abschwächung in den Schwellenländern Asiens waren, tendenziell gestiegen.

... und bestehende Arbeitsplätze zunehmend unsicher wurden.

Weltweit ist die geringe Arbeitsplatzqualität weiterhin ein dringendes Anliegen. Die Inzidenz unsicherer Beschäftigungsverhältnisse – der Anteil Selbständiger und mithelfender Familienangehöriger als Erwerbskategorien mit einem in der Regel hohen Maß an Prekarität – sinkt deutlich langsamer als vor dem Ausbruch der weltweiten Krise. In unsicheren Beschäftigungsverhältnissen sind 1,5 Milliarden Menschen und damit über 46 Prozent aller Beschäftigten tätig. Sowohl in Südasien als auch in Afrika südlich der Sahara gehen über 70 Prozent der Erwerbstätigen einer unsicheren Beschäftigung nach.

Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen haben nicht nur begrenzt Zugang zu beitragsabhängigen Sozialschutzsystemen, sondern sind auch von niedriger Produktivität sowie geringen und stark schwankenden Verdiensten betroffen. Zudem besteht ein beträchtliches Geschlechtergefälle hinsichtlich der Arbeitsplatzqualität. In einigen Ländern Nordafrikas und Afrikas südlich der Sahara sowie

SPERRFRIST:

Bitte nicht vor Dienstag, den 19. Januar 2016 um 21.00 Uhr GMT (22.00 CET) veröffentlichen oder verteilen.

in den arabischen Staaten unterliegen Frauen einem 25 bis 35 Prozent höheren Risiko einer unsicheren Beschäftigung als Männer.

Die Aussichten: eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit um 3,4 Millionen in den nächsten zwei Jahren ...

Die 2015 verzeichnete globale Verlangsamung der Konjunktur wird sich 2016 wahrscheinlich mit einer Verzögerung auf die Arbeitsmärkte auswirken und die Arbeitslosigkeit ansteigen lassen, insbesondere in den Schwellenländern. Ausgehend von den jüngsten Wachstumsprojektionen dürfte die globale Arbeitslosenzahl 2016 um nahezu 2,3 Millionen und 2017 um eine weitere 1,1 Million wachsen.

Für die Schwellenländer werden für 2016 2,4 Millionen Neuzugänge zu den Erwerbslosen prognostiziert. Hintergrund dafür ist in erster Linie die Verdüsterung der Arbeitsmarktaussichten in den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens, in Lateinamerika und unter den Rohstoffherzeugern, vor allem in der arabischen Region und in Afrika.

Für die Industrieländer ist ein leichter Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu erwarten, der den Anstieg in den Schwellenländern jedoch nur marginal ausgleichen wird. In einer Reihe europäischer Länder wird die Arbeitslosigkeit in der Nähe der historischen Rekordwerte verharren. In den Vereinigten Staaten und anderen Industrieländern, in denen die Arbeitslosigkeit auf das Vorkrisenniveau sinken wird, ist mit anhaltender oder zunehmender Unterbeschäftigung zu rechnen. Je nach Konjunkturverlauf wird sich diese Entwicklung in unfreiwilliger befristeter Arbeit oder Teilzeitarbeit und einer niedrigeren Erwerbsbeteiligung niederschlagen, insbesondere bei Frauen und Jugendlichen.

und langsamere Fortschritte beim Abbau der unsicheren Beschäftigung, die bis 2016 1,5 Milliarden Menschen erfassen dürfte...

In den nächsten Jahren wird sich der Anteil der unsicheren Beschäftigung im Weltmaßstab wahrscheinlich bei 46 Prozent einpendeln. Besonders akut ist das Problem in den Schwellenländern, wo die Zahl der Erwerbstätigen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen den Prognosen zufolge in den kommenden drei Jahren um etwa 25 Millionen wachsen wird.

... was die Expansion der Mittelschicht zum Stillstand bringen und in einigen Fällen soziale Unruhen auslösen wird...

In den Schwellenländern erhöhte sich der Anteil der Mittelschicht an der Gesamtbevölkerung (mit Konsumausgaben in Höhe von 5 bis 13 US-Dollar pro Tag und Person, gemessen in Kaufkraftparitäten, KKP) zwischen 2011 und 2015 von 36 Prozent auf knapp unter 40 Prozent. In den kommenden Jahren wird sich der Trend zum Wachstum der Mittelschicht voraussichtlich verlangsamen oder sogar zum Erliegen kommen. Weiter zunehmen dürfte der Anteil der Mittelschicht in den Entwicklungsländern, aber in geringerem Maße als in den letzten Jahren. In dem Bericht wird auf das neuerliche Risiko sozialer Unruhen hingewiesen, das mit einem gedämpften Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern einhergeht, wo durch das langsamere Wachstum und den unbefriedigenden Zugang zum Lebensstandard der Mittelschicht möglicherweise sozialer Unmut geschürt wird.

In den Industrieländern verbessert sich die Arbeitsmarktlage nur begrenzt und ungleichmäßig, und in einigen dieser Länder ist in verschiedener Hinsicht eine Schrumpfung der Mittelschicht festzustellen. Die Einkommensungleichheit – gemessen mit dem Gini-Koeffizienten – hat in den meisten Industrieländern der G20 erheblich zugenommen. Während die oberen Einkommensgruppen weiter wachsen, geraten die ärmsten 40 Prozent der Haushalte tendenziell ins Hintertreffen.

SPERRFRIST:

Bitte nicht vor Dienstag, den 19. Januar 2016 um 21.00 Uhr GMT (22.00 CET) veröffentlichen oder verteilen.

... die Bemühungen um die weitere Minderung der Erwerbsarmut hemmt...

Auch am unteren Ende des Einkommensspektrums gerät der Fortschritt in Bezug auf die Beschäftigungsqualität allmählich ins Stocken. So lebten 2015 schätzungsweise 327 Millionen Erwerbstätige in extremer Armut (d. h. sie mussten mit täglich weniger als 1,90 Dollar in KKP auskommen) und 967 Millionen in mäßiger Armut oder knapp über der Armutsgrenze (d. h. von 1,90 bis 5 Dollar am Tag in KKP). Damit ging die extreme Armut gegenüber 2000 deutlich zurück, jedoch zeichnen sich seit 2013 eher begrenzte Verbesserungen ab (insbesondere innerhalb der am wenigsten entwickelten Länder). Gleichzeitig ist die Zahl der Erwerbstätigen, die in mäßiger Armut bzw. knapp über der Armutsgrenze leben, seit 2000 angestiegen. Schließlich deuten Erkenntnisse aus anderen Quellen auf eine Zunahme der Erwerbsarmut in Europa hin.

... und die Aufgabe, das Wachstum zu stärken und die demografischen Herausforderungen zu meistern, erschweren wird.

Fehlt es an menschenwürdigen Arbeitsplätzen, müssen möglicherweise mehr Erwerbstätige die Arbeitssuche aufgeben. 2015 erhöhte sich die Zahl der Menschen im Erwerbsalter, die nicht am Erwerbsleben teilnahmen, um etwa 26 Millionen auf über 2 Milliarden. Die Erwerbsquote wird sich voraussichtlich bei 62,8 der erwerbsfähigen Bevölkerung (im Alter von 15 Jahren und darüber) einpendeln, dann jedoch einem mäßigen Abwärtstrend folgend bis 2020 auf 62,6 zurückgehen und über diesen Zeithorizont weiter sinken. Stabile Erwerbsquoten werden allein für die Entwicklungsländer prognostiziert, während die Erwerbsbeteiligung in den Industrie- und Schwellenländern weiter rückläufig sein dürfte. In dieser Hinsicht ist die Migration länderübergreifend ein wichtiger Mechanismus für die Abstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Die jüngste Welle von Flüchtlingen in Richtung Nord-, Süd- und Westeuropa macht deutlich, wie nötig es ist, ihnen möglichst rasch und wirksam Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen. Langfristig wird der Zustrom von Migranten dazu beitragen, den Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen zu beheben und die mit langfristiger Stagnation verbundenen Risiken zu mindern.

Für das derzeit schleppende Wachstum der Weltwirtschaft und die Aussicht auf ein langfristig niedrigeres Wachstum gibt es zahlreiche Gründe. Hervorstechende Faktoren sind jedoch die oben genannte Abnahme der Erwerbsbevölkerung und der Erwerbsbeteiligung, zunehmende Ungleichheit, unsichere Beschäftigung und geringe Arbeitsplatzqualität.

Im Vordergrund der Politik sollten die Quantität und Qualität der Arbeitsplätze und die Bekämpfung von Einkommensunterschieden stehen

In Anbetracht der Notwendigkeit, diesen langfristigen Trends entgegenzuwirken, ist das von der IAO geforderte Umsteuern in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik umso dringlicher. Besonders wichtig ist es, Arbeitsmarktinstitutionen und gut konzipierte Sozialschutzsysteme zu stärken und damit eine weitere Zunahme dauerhafter Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Erwerbsarmut zu verhindern. Zudem müssen die Reformbemühungen neu ausbalanciert werden. Vor allem gilt es, durch Reformen im Finanzsektor sicherzustellen, dass die Banken die ihnen zugeordnete Rolle wahrnehmen, Mittel in die Realwirtschaft und in Investitionen für eine nachhaltige Unternehmensentwicklung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu lenken.

Kurzfristig haben viele Länder einen Handlungsspielraum in der makroökonomischen Politik, der genutzt werden sollte, um eine weitere Abschwächung der globalen Konjunktur zu verhindern. Ein anhaltender Rückgang der Rohstoffpreise würde in zahlreichen wichtigen Rohstoffexportnationen wahrscheinlich eine Verschlechterung der Haushaltslage bewirken, doch hätten umfassende

SPERRFRIST:

Bitte nicht vor Dienstag, den 19. Januar 2016 um 21.00 Uhr GMT (22.00 CET) veröffentlichen oder verteilen.

Ausgabenkürzungen in diesen Ländern – so zeigt der Bericht – negative globale Ausstrahlungseffekte und damit eine Verdüsterung der Arbeitsmarktaussichten im In- und Ausland zur Folge. Angesichts historischer Niedrigzinsen könnten die Länder notwendige Infrastrukturprojekte ohne allzu hohe Belastung der öffentlichen Kassen finanzieren und damit wichtige Multiplikatoreffekte erzielen.

Auf mittlere bis lange Sicht wird die Verwirklichung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG), insbesondere des Ziels einer menschenwürdigen und produktiven Beschäftigung für alle, erhebliche soziale Dividenden erbringen und gleichzeitig zur Stärkung und Neuausrichtung der Weltwirtschaft beitragen. Vor diesem Hintergrund ist es besonders geboten, gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung der Ungleichheit durch mehr und bessere Arbeitsplätze zu unternehmen.

Kurz gesagt: Die Förderung der menschenwürdigen Arbeit als zentrales Ziel der Politikstrategie würde nicht nur eine Eindämmung der Beschäftigungskrise und eine Verringerung der sozialen Kluft ermöglichen, sondern auch dazu beitragen, die Weltwirtschaft auf einen besseren und nachhaltigeren Wachstumskurs zu bringen.